



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in den Landkreisen sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Altersstruktur der Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen im Land aufzeigt, dass in den nächsten 10 Jahren die Hälfte der Zahnmediziner*innen das Rentenalter erreicht. Darüber hinaus gibt es Landkreise, die einen Versorgungsgrad z. T. deutlich unter 100 % aufweisen.
2. Zur Förderung des zahnmedizinischen Nachwuchses werden an der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) in einem ersten Schritt ab dem Wintersemester 2021/2022 dauerhaft 20 zusätzliche Studienplätze im Fach Zahnmedizin eingerichtet und durch das Land finanziert.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den zuständigen Kammern Verhandlungen für ein Programm zur Praxisnachfolge aufzunehmen.
4. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, Möglichkeiten der zentralen (Zahnmedizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft) und dezentralen (z. B. Förderung mobiler Zahnarztpraxen) zahnmedizinischen Versorgung zu prüfen und zu entwickeln.

Begründung

Bei den Allgemeinmediziner*innen ist das Problem im Land Sachsen-Anhalt bereits virulent, doch auch im Bereich der Zahnmedizin droht eine Unterversorgung, insbesondere im ländlichen Raum. Nach Zahlen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) liegt der Altersdurchschnitt der Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen im Land bei 54 Jahren. In den nächsten zehn Jahren erreicht die Hälfte der Zahnmediziner*innen das Rentenalter. Diesen Zahlen stehen jedes Jahr 40 Studienanfänger*innen an der MLU entgegen. Eingedenk der Tatsache, dass das Studium einen

(Ausgegeben am 19.02.2020)

längeren Zeitraum umfasst - die neuen Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen stünden ohnehin erst in einigen Jahren zur Verfügung - und zudem nicht jede/r Absolvent*in der Zahnmedizin in Sachsen-Anhalt verbleibt, kann mit den derzeitigen Studienanfänger*innenzahlen der Bedarf im Land nicht gedeckt werden. Daher hält die antragstellende Fraktion eine Studienplatzerhöhung für unumgänglich.

Darüber hinaus muss die zahnmedizinische Versorgung auf dem Land gestärkt werden. Bereits jetzt gibt es Landkreise in Sachsen-Anhalt, die einen Versorgungsgrad von unter 100 % aufweisen. Mit Blick auf die Altersentwicklung wird sich diese Situation ohne Gegenmaßnahmen noch verschärfen. Daher muss die Arbeitsaufnahme im ländlichen Raum für junge Zahnmediziner*innen attraktiver, z. B. durch ein Programm zur Praxisnachfolge gestaltet werden.

Um die großräumigen Einzugsbereiche besser versorgen zu können, sollten die Möglichkeiten zentraler und dezentraler zahnmedizinischer Versorgung geprüft und ausgebaut werden. Dazu zählen aus Sicht der antragstellenden Fraktion insbesondere Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, mit denen auch mit einer Praxisneugründung verbundene Hemmnisse überwunden werden können, und Praxismobile. Mit Letztgenannten kann auch das zunehmende Problem der zahnmedizinischen Versorgung älterer und/oder pflegebedürftiger Menschen im Land gelöst werden.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender